

Kurzbericht

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

(83. - öffentliche - Sitzung am 4. Februar 2022)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/10631](#)

Nachdem die Koalitionsfraktionen den Gesetzentwurf eingebracht hatten, klärte der Ausschuss Verfahrensfragen. Er beschloss, sich vor der Aufnahme der Beratungen durch die Landesregierung schriftlich unterrichten zu lassen und gemäß Artikel 57 Abs. 6 der Niedersächsischen Verfassung die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens schriftlich anzuhören. Der Ausschuss beabsichtigt, die Beratungen so rechtzeitig abzuschließen, dass das März-Plenum erreicht wird.

2. **Fahrt- und Unterbringungskosten für Auszubildende im Dualen System übernehmen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/10571](#)

Der Ausschuss klärte Verfahrensfragen und nahm die Beratungen auf. Die Fraktion der CDU wies darauf hin, dass sich der Antrag „Ausbilden für die Zukunft: Jetzt überbetriebliche Ausbildung ausweiten!“, [Drs. 18/8724](#), noch im Beratungsverfahren befinde und die Koalitionsfraktionen hierzu die Vorlage eines eigenen Antrages beabsichtigten.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschloss der Ausschuss, sich vor der weiteren Beratung des Antrags durch die Landesregierung schriftlich unterrichten zu lassen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigte die Vorlage eines Änderungsvorschlags an. Die Fraktion der FDP schlug vor, die Erarbeitung einer gemeinsamen Entschließung anzustreben.

3. **Besichtigungsquote aller niedersächsischen Betriebe von 5 % ab 2026 erfüllen: 44 zusätzliche Stellen in den Gewerbeaufsichtsämtern bis 2024!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/10593](#)

Der Ausschuss nahm die Beratungen auf und beschloss, sich durch die Landesregierung schriftlich zu dem Antragsgegenstand unterrichten zu lassen. Außerdem beschloss er mit Blick auf Ressortzuständigkeiten, gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT Stellungnahmen des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz und des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung einzuholen.

4. **Gesundheitsschutz der Anwohnerinnen und Anwohner und Lärmschutz in den Mittelpunkt stellen: Neues, erweitertes Gutachten zum Nachtflugverkehr am Flughafen Hannover-Langenhagen mit Beteiligung der Betroffenen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/10171](#)

Dem Ausschuss lag die in der 79. Sitzung am 26. November 2021 erbetene schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung vor. Die CDU-Fraktion signalisierte hierzu internen Beratungsbedarf und bat darum, den Antrag heute von der Tagesordnung abzusetzen. Der Ausschuss entsprach dieser Bitte und beschloss, den Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung am 4. März 2022 zu setzen.

Zusätzlich zur Tagesordnung:

Auf Antrag der Fraktion der SPD beschloss der Ausschuss, sich angesichts aktueller Presseberichte in einer der nächsten Sitzungen durch die Landesregierung darüber unterrichten zu lassen, wie sich der drohende Verlust eines Großauftrages für den Alstom-Konzerns auf den Unternehmensstandort Salzgitter auswirken könne.